

# Gewerkschaft *bewegt!*

# Übersicht

## Sonderanträge der GBH an den 21. Gewerkschaftstag

|                                                    |       |   |
|----------------------------------------------------|-------|---|
| Datenbank für Betriebsvereinbarungen               | SEITE | 3 |
| Ein Jugendvertrauensrat für jeden BAU-HOLZ-Betrieb | SEITE | 4 |

## Leitantrag des Bundesvorstandes der GBH an den 21. Gewerkschaftstag

|                                                                                                     |        |         |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|---------|
| 1. Gewerkschaft in Bewegung                                                                         | SEITE  | 5       |
| 2. Digitalisierung und Automatisierung:<br>Auf dem Weg in die Arbeitswelt der nahen Zukunft         | SEITE  | 6       |
| 3. Arbeitszeit: Bewegung lohnt sich                                                                 | SEITE  | 7       |
| 4. Aus- und Weiterbildung:<br>Mit der GBH ist kein Bildungsweg zu lang!                             | SEITE  | 8       |
| 5. Vereinbarkeit: Wir bewegen Althergebrachtes                                                      | SEITE  | 9       |
| 6. Lehrlinge und Lehrberuf: Lehre bewegt                                                            | SEITE  | 10      |
| 7. Pensionen bewegen                                                                                | SEITE  | 11      |
| 8. Frauen und Mitbestimmung: Der Wille bestimmt die Bewegung!                                       | SEITE  | 12      |
| 9. Bewegen wir uns in die richtige Richtung:<br>leistbares Wohnen und funktionierende Infrastruktur | SEITEN | 13 – 14 |
| 10. Faires Steuersystem: Es muss sich endlich etwas bewegen!                                        | SEITE  | 15      |
| 11. Aufeinander zubewegen – Österreich klimafit machen                                              | SEITE  | 16      |
| 12. Arbeitnehmer:innen bringen Grenzen in Bewegung                                                  | SEITE  | 17      |
| 13. Migration: Miteinander bewegen statt ausgrenzen                                                 | SEITE  | 18      |
| 14. Soziales und Gesundheit: Sicherheit in bewegten Zeiten                                          | SEITE  | 19      |

# Antrag

## Datenbank für Betriebsvereinbarungen

**Betriebsvereinbarungen sind das rechtliche Herzstück der Sozialpartnerschaft im Betrieb. Mit ihrer Hilfe haben Betriebsrätinnen und Betriebsräte die Möglichkeit, das Arbeitsleben aktiv mitzugestalten. Ganz bewusst überlässt das österreichische Arbeitsrecht den Sozialpartnern im Betrieb die Ausgestaltung des betrieblichen Miteinanders und bietet die Möglichkeit, Verbesserungen zum gesetzlichen oder kollektivvertraglichen Mindestanspruch zu etablieren.**

Umso wichtiger ist es, dass wir in der Gewerkschaft BAU-HOLZ voneinander lernen und Betriebsvereinbarungen einerseits rechtlich prüfen, andererseits als Best-Practice-Beispiele anderen Betriebsrätinnen und Betriebsräten zur Verfügung stellen können. Damit das

möglich ist, wollen wir in der kommenden Funktionsperiode eine Datenbank für Betriebsvereinbarungen einführen, die von der Rechtsabteilung der Gewerkschaft BAU-HOLZ verwaltet wird. Um diese Datenbank zu ermöglichen, brauchen wir alle abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen unserer Betriebsratskörperschaften.

### **Daher fordert der 21. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft BAU-HOLZ**

- Die Einführung einer Datenbank für Betriebsvereinbarungen unter Beachtung aller datenschutzrechtlichen Aspekte.
- dass alle Betriebsratskörperschaften ihre Betriebsverein-

barungen an die Gewerkschaft BAU-HOLZ übermitteln.

- dass Betriebsrätinnen und Betriebsräte in Landesvorständen oder im Bundesvorstand, die noch keine Betriebsvereinbarungen übermittelt haben, keine Führungsfunktionen in Gremien der Gewerkschaft BAU-HOLZ übernehmen können.

# Antrag

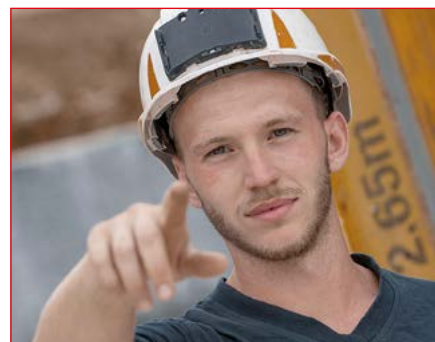
## Ein Jugendvertrauensrat für jeden BAU-HOLZ-Betrieb

Der Jugendvertrauensrat ist der Betriebsrat für Lehrlinge und junge Beschäftigte im Betrieb. Er bietet jungen Menschen die Chance, nicht nur für ihre Interessen im Betrieb einzutreten, sondern auch in die Welt der Gewerkschaft einzutauchen. Jugendvertrauensrätinnen und Jugendvertrauensräte sind unser gewerkschaftlicher Nachwuchs und die Betriebsrätinnen und Betriebsräte von morgen.

Deshalb ist unser Ziel klar. Überall dort, wo die rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung eines Jugendvertrauensrates erfüllt sind, ist ein Jugendvertrauensrat verpflichtend zu wählen. Hierfür sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu nutzen. Es ist aber auch eine Verpflichtung, die wir uns selbst auferlegen. In nicht allen Betrieben unserer Landes- und Bundesvorstandsmitglieder gibt es einen Jugendvertrauensrat – obwohl es möglich wäre!

### Daher fordert der 21. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft BAU-HOLZ

- dass bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen ein Jugendvertrauensrat verpflichtend zu wählen ist.
- dass in einem ersten Schritt in allen Betrieben von Landes- und Bundesvorstandsmitgliedern der Gewerkschaft BAU-HOLZ, bei denen die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, ein Jugendvertrauensrat zu wählen ist.
- dass Betriebsrätinnen und Betriebsräte, die im Betrieb einen JVR gründen könnten und dies nicht umsetzen, keine Funktion in einem Gremium der Gewerkschaft BAU-HOLZ übernehmen können.



# GBH-Leitantrag

## 1 Gewerkschaft in Bewegung

Die Arbeitnehmer:innen in unseren Branchen leisten Schwerstarbeit. Durch ihre Arbeit bei Hitze, Kälte, Wind und Regen halten sie die Wirtschaft unseres Landes auf Kurs. Die BAU-HOLZ-Branchen sind der Motor des Wirtschaftswachstums und laufen auch dann auf Hochtouren, wenn Krisen unser Land erschüttern: Weder Covid noch der Ukrainekrieg konnten uns aufhalten. **Ziel der Gewerkschaft BAU-HOLZ ist es, die Lebenswelt der Beschäftigten der Bau-, Holz- und Steinbranchen ständig zu verbessern.**

Aus diesem Grund haben wir **zehn Leitlinien und Kernziele** für unsere Arbeit in der nächsten Bundesvorstandsperiode definiert:

1. Beschäftigung sichern
2. Einkommen steigern
3. Betriebsräte stärken
4. Aus- und Weiterbildung forcieren
5. Sozialsystem ausbauen
6. Faires Steuersystem schaffen
7. Demokratie leben und sozialen Frieden erhalten
8. Internationale Zusammenarbeit intensivieren
9. Politische Prozesse in der Europäischen Union beeinflussen
10. Sozialpartnerschaft leben und neu denken

Unser Ziel als aktive Gewerkschaft ist eine **gerechte und sichere**

**Arbeitswelt** für alle Mitglieder. Dies kann nur durch **einen hohen und stetig steigenden Mitgliederstand** gewährleistet werden.

Die GBH sieht es als eine ihrer Kernaufgaben, Erreichtes zu erhalten und neue Errungenschaften durchzusetzen. Hierfür ist ein aktives Mitgestalten durch Teilnahme an politischen Prozessen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene notwendig. Viele Herausforderungen enden nicht an der österreichischen Staatsgrenze und können nur gemeinsam grenzübergreifend gelöst werden.

**Die GBH bekennt sich zu Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe.** Im Rahmen einer gelebten Sozialpartnerschaft wollen wir weiterhin Zukunftsvisionen und Konzepte gemeinsam erarbeiten, einbringen und umsetzen. Nur so kann die Lebenswelt der Beschäftigten verbessert werden.

**Die GBH setzt sich für eine intakte Umwelt ein** und will den künftigen Generationen ein lebenswertes Österreich nachhaltig sichern. Mit der Initiative UMWELT + BAUEN sowie unserer Kooperation mit zahlreichen Umweltschutzorganisationen haben wir bewiesen, dass Bauen und Umwelt nicht im Widerspruch stehen müssen.

**Die GBH setzt sich für Chancengleichheit von Frauen und Män-**

**nern in allen Lebensbereichen ein.** Wir wenden uns gegen Diskriminierung im Erwerbsleben, sei es beim Zugang, bei der Entlohnung oder beim Karriereverlauf.

**Der GBH ist die Jugend ein großes Anliegen.** Die Aus- und Weiterbildung unserer Jugend muss oberste Priorität haben. Nur gut ausgebildete und gerecht entlohnte Fachkräfte sichern den Wirtschaftsstandort Österreich.

**Die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens in Österreich ist eine der obersten Prämissen der GBH.** Nur eine „gesunde“, mit starkem Einfluss der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgestattete, Sozialversicherung ist der Garant für eine sichere Versorgung im Krankheitsfall und eine langfristige Absicherung unseres international anerkannten Sozialsystems. Sozialleistungen müssen bei persönlichen Notlagen helfen, die finanziellen Herausforderungen des täglichen Lebens zu meistern.

**Die GBH fördert Betriebsrät:innen.** Sie sind das Fundament unserer Arbeit. Deshalb unterstützen wir sie bei ihrer Tätigkeit im Betrieb und bieten maßgeschneiderte Weiterbildungen an. Besonderes Augenmerk legt die GBH auf die Jugendvertrauensrät:innen. Sie sind die Zukunft der Gewerkschaft BAU-HOLZ.

## 2 Digitalisierung und Automatisierung: Auf dem Weg in die Arbeitswelt der nahen Zukunft

**Mit dem digitalen Zeitalter hat eine neue Zeitrechnung in der Arbeitswelt begonnen. Das bringt dynamische Veränderungen, denen wir uns aktiv stellen müssen. Traditionelle Jobs werden weniger, neue werden entstehen.**

Es ist höchste Zeit, dass wir uns mit allen Risiken und Chancen intensiv auseinandersetzen, um unsere Mitglieder bestmöglich darauf vorbereiten zu können. Die Digitalisierung ist aber auch im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping eine Chance für einen besseren, fairen Wettbewerb.

In vielen Branchen hat die Digitalisierung bereits Einzug gehalten, im europäischen Baubereich geht der Einzug noch etwas langsamer voran. Die manuelle Herstellung von Bauwerken setzt nach wie vor in hohem Ausmaß auf Menschen. Andere Wirtschaftsräume sind dazu bereits weiter und auch die experimentelle Forschung findet nicht in Europa statt. Die Aufgabe der GBH wird es daher sein, sich aktiv in diesen Veränderungsprozess einzubringen. Nur mit Beteiligung der Gewerkschaft können negative Auswirkungen für die Arbeitnehmer:innen verhindert werden.

**Was passiert mit den Beschäftigten der Bau-, Holz- und Steinbranchen in Österreich?**

- Was passiert mit denen, die ihren Arbeitsplatz verlieren?
- Können neue Jobs geschaffen werden und wenn ja, welche?
- Was passiert mit den Verlierern der digitalen Evolution?
- Wie passen wir die Ausbildung an diese neuen Herausforderungen an?

### **Die GBH fordert daher:**

- Kostenlose Ausbildung und Umschulung für „Digital Fitness“ für Arbeitnehmer:innen und Betriebsrät:innen
- Neue Rahmenbedingungen müssen in Kollektivverträge Eingang finden
- Wahrung und Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung
- Wahrung von Privatsphäre und des Datenschutzes
- Sozialversicherungs- und Arbeitsaufzeichnungen digital erfassen und für Kontrollzwecke zugänglich machen
- Bauarbeiterfonds schaffen: Staatlich dotierte Fonds und Stiftungen sollen sicherstellen, dass „digital abgehängte“ Bauarbeiter:innen umgeschult

und wiedereingegliedert werden

- Eine sozialpartnerschaftliche Zukunftswerkstätte gemeinsam mit Unternehmen unterschiedlicher Größe und Ausrichtung und mit der universitären Forschung, welche alle Aspekte der Digitalisierung und Automatisierung am Bau und in der Produktion sowie Verarbeitung von Materialien ausleuchtet und Maßnahmen entwickelt
- Neugestaltung des BUA-Klimaschlechtwettermodells mit der GeoSphere Austria hinsichtlich aktueller klimatischer Entwicklungen und darauffolgende Anpassung der Hitze/Kälte-App
- Nutzung digitaler und automatisierter Arbeitsmethoden und Robotik, um „Schwerarbeit“ zu erleichtern und für junge Arbeitnehmer:innen, insbesondere Frauen, attraktiver zu gestalten

### 3 Arbeitszeit: Bewegung lohnt sich

**Der Wunsch nach mehr Freizeit ist ein Trend, der vor allem bei jungen Arbeitnehmer:innen deutlich spürbar ist. Die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung ist in aller Munde und eine logische Konsequenz dieser gesellschaftlichen Entwicklung. In einer Zeit, in der immer produktiver gearbeitet wird, macht eine Verkürzung der Arbeitszeit auch aus Sicht des Arbeitnehmer:innenschutzes Sinn.**

2018 wurde das alte Arbeitszeitgesetz überfallsartig durch die damalige türkis-blaue Bundesregierung geändert und der Zwölf-Stunden-Tag salonfähig gemacht. Lange und flexibler arbeiten wurde deutlich einfacher. **Diese Änderung hat keine Verbesserung für Arbeitnehmer:innen, sondern im Gegenteil zu einer Schieflage zu Gunsten der Arbeitgeber:innen geführt.**

Klar ist: Neben der Arbeitszeit, die einen bestimmenden Teil unserer Lebenszeit einnimmt, muss auch **ausreichend Zeit für Erholung sowie private, soziale und kulturelle Betätigung bleiben**. Wer hat noch Zeit, für die Gemeinschaft, in Vereinen, Blaulichtorganisationen tätig zu sein? Wer ist für unsere Kinder, Kranken und Pflegebedürftigen da?

Eine Reduktion der Arbeitszeit ist aus diesen Gründen für uns ein Gebot der Stunde. Der Weg dorthin ist aber kein Sprint, sondern ein Marathon. Es gilt, auf den aktuellen Fachkräftemangel, die alternde Gesellschaft sowie die Erhaltung von Schlüsselindustrien in unserem Land Rücksicht zu nehmen.

Dennoch muss ein modernes Arbeitszeitrecht den **Arbeitnehmer:innen Freizeit, Planbarkeit und Flexibilität bieten**.

#### Die GBH fordert daher:

- Eine schrittweise Reduktion der Normalarbeitszeit auf 32 Stunden unter Berücksichtigung gesellschaftlicher und demografischer Entwicklungen
- Das Recht auf 4-Tage-Woche
- 100 % Zuschläge für 11. und 12. Stunde als Überstunde und ab der 51. Wochenarbeitsstunde in allen Kollektivverträgen
- Selbstbestimmter Verbrauch von angesparten Zeitguthaben bei Anwendung von Modellen mit Arbeitszeitkonten
- 8 Stunden Arbeit bei 30°C sind genug
- Sechste Urlaubwoche für alle
- Bezahlte Pause von 60 Minuten bei 12 Stunden Arbeitszeit
- 2.300 Euro brutto pro Monat Mindestlohn in allen Kollektivverträgen verankern
- Wegzeiten müssen als Arbeitszeiten gelten und als solche bezahlt werden

## 4 Aus- und Weiterbildung: Mit der GBH ist kein Bildungsweg zu lang!

**Bildung ist eine Investition in die Zukunft. Je höher der Bildungsgrad, umso besser sind die Berufschancen und damit die Basis für ein sicheres, gut bezahltes und erfüllendes Berufsleben.**

Der rasante wirtschaftliche Wandel erzeugt bei vielen Arbeitnehmer:innen Verunsicherung, ob ihre Qualifikation in Zukunft noch gefragt sein wird. Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist für höher Qualifizierte deutlich niedriger als für jene, die nur Pflichtschulabschlüsse haben. Ähnlich ungleich verteilt sind die Chancen, rasch neue Arbeitsplätze zu finden. Folgerichtig besteht ein steigender Bedarf nach Weiterbildung oder Umschulung. Vor allem Frauen sind hier besonders stark betroffen. Es muss daher unser Ziel bleiben, das „**Recht auf Ausbildung für alle**“ in unserer Gesellschaft zu verwirkli-

chen und damit das „lebenslange Lernen“ zu unterstützen. In Österreich herrscht derzeit ein sehr starres Bildungssystem, mit Lehrplänen, die leider oft am realen Leben vorbeigehen. Themen wie politische Bildung, frühzeitige Berufsinformation oder soziale Kompetenz finden sich hier sehr eingeschränkt oder gar nicht wieder.

Die GBH legt großen Wert auf gute Bildungsarbeit für ihre Betriebsrät:innen, Jugendvertrauensrät:innen. Neben Idealismus, Courage und Energie sind umfassendes arbeitsrechtliches Wissen, Gleichstellung, Terminmanagement, Grundwissen rund um Kommunikation und Konfliktkompetenz gefragt. Für alle Funktionärinnen und Funktionäre muss eine Teilnahme an den Schulungsangeboten der Gewerkschaft BAU-HOLZ bestmöglich gewährleistet sein.

### Die GBH fordert daher:

- Frühzeitige politische (und gewerkschaftspolitische) Bildung
- Frühzeitige Berufsinformation für die 10- bis 14-Jährigen mit den zu erwartenden Einkommen und Aufstiegschancen
- Gesundheitsinformation und Ernährung als Pflichtfach in Schulen
- Spezielle Bildungsprogramme für Wiedereinsteiger:innen
- Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten bei Kursbesuchen
- Gesetzliche Erhöhung der möglichen Bildungsfreistellung
- Verpflichtende Teilnahme von Betriebsrät:innen an grundlegenden Gewerkschaftskursen

## 5 Vereinbarkeit: Wir bewegen Althergebrachtes

**Nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch Arbeiten im Privatbereich oder für die Zivilgesellschaft sind wichtig und wertvoll.**

Pflegende Angehörige, Eltern in Karenz und Teilzeitarbeitende brauchen unsere Unterstützung. Die **Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben** muss auf neue Beine gestellt werden. Wer bestimmt, was wertvolle und weniger wertvolle Arbeit ist? Nicht alles, was einen Wert hat, muss auch einen Preis haben! Um möglichst vie-

len Menschen die Möglichkeit zu einem Einkommen zum Auskommen zu ermöglichen, braucht es neben einer Arbeitszeitverkürzung gezielte Maßnahmen.

### Die GBH fordert daher:

- Ganztägige, flächendeckende, leistbare und qualitativ hochwertige Kinderbildungseinrichtungen
- Ganztägige Schulformen
- Volle gesetzliche Anrechnung der Elternkarenzen

■ Familienbonus: Jedes Kind muss gleich viel wert sein. Warum bekommen Besserverdiener 1.500 Euro pro Jahr und Kind und Alleinerziehende unter 1.200 Euro brutto im Monat nur 250 Euro pro Jahr und Kind? Arbeitslose Mütter oder „Aufstocker zur Mindestsicherung“ bekommen keinen Familienbonus



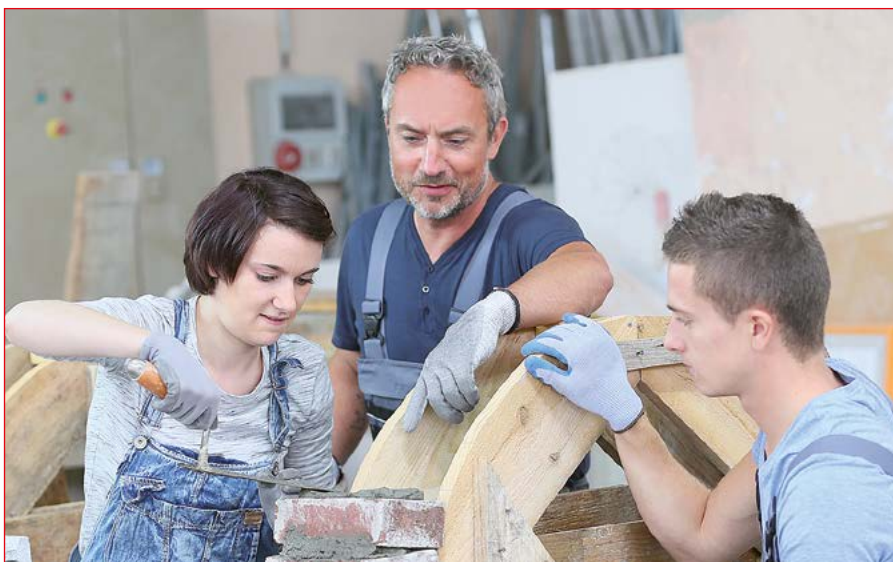
## 6 Lehrlinge und Lehrberuf: Lehre bewegt

Eine Lehre bietet hohe Jobsicherheit und attraktive Aufstiegschancen. Dennoch ist ihr Ruf schlecht. Zu viele junge Menschen wählen den Weg in andere Ausbildungsformen und gehen unseren Branchen als wertvolle Mitarbeiter:innen verloren. Wir müssen alles tun, um die Lehre attraktiv zu gestalten.

Es muss wieder „in“ sein, sich als Facharbeiter:in zu bezeichnen. Dazu wird es notwendig sein, die umfangreiche Ausbildung, die Aufstiegsmöglichkeiten, aber auch Anforderungen an unsere Lehrberufe einer breiten Öffentlichkeit einfacher zugänglich zu machen. Nur wenn das gelingt, werden wir in **Zukunft ausreichend Fachkräfte** und somit Mitglieder der Gewerkschaft BAU-HOLZ am Arbeitsmarkt zur Verfügung haben.

### Die GBH fordert daher:

- Rechtsanspruch auf Lehre mit Matura
- Alle Lehrlinge, die zum Beginn ihrer Lehre das 18. Lebensjahr vollendet haben, sollen ab dem 1. Lehrjahr eine Vergütung in Höhe der Lehrlingsentschädigung mindestens des 3. Lehrjahres des jeweiligen Kollektivvertrags erhalten. Alle Lehrlinge, die im laufenden Lehrverhältnis das 18. Lebensjahr vollenden, sollen ab diesem Zeitpunkt die Lehrlingsentschädigung des dritten Lehrjahres erhalten
- Jede BAU-HOLZ-Branche soll ihre Lehrberufe an einem Tag der offenen Betriebstür vorstellen, um so Jugendliche auf die attraktiven Möglichkeiten in der Region aufmerksam zu machen
- Konzepte – auch gemeinsam mit den Sozialpartnern – auszuarbeiten, um das Image unserer Lehrberufe in der Öffentlichkeit aufzuwerten



## 7 Pensionen bewegen – Wertschätzung für unsere ältere Generation

**Arbeiter:innen, die lange und schwer gearbeitet haben, verdienen Respekt, Dankbarkeit und einen angenehmen Lebensabend. Völlig klar ist, dass Schwerstarbeiter:innen früher von chronischen Erkrankungen, Verschleiß- und Abnutzungserscheinungen betroffen sind als andere. Daher unsere klare Aussage: 45 Jahre sind genug. Die Schwerstarbeiter:innenpension muss wieder eingeführt werden!**

### **Die GBH fordert daher:**

- Wiedereinführung der Schwerstarbeiterpension
- Abschaffung der Miteinbeziehung des Partnereinkommens bei der Berechnung der Pension, die unter Umständen zum Verlust der Ausgleichszulagen führt
- Aufhebung von Ungleichbehandlungen bei der Negativsteuer

- Anspruch auf Negativsteuer für Ausgleichszulagenbezieher
- Aufhebung der Einschleifregelung beim Pensionistenabsetzbetrag
- Änderung des Pensionskassengesetzes
- Wiedereinführung der Mindestertragsgarantie
- Umfassende Evaluierung der Pensionskassen, der betrieblichen Kollektivversicherung und der prämiengeforderten Zukunftsvorsorge, wie sie im ursprünglichen Regierungsprogramm vorgesehen war
- Sofortiger Freibetragsbescheid auch im Pflegefall: Im § 63 Abs. 4 EstG 1988 sollen als zusätzlicher Grund für eine von einem Veranlagungsverfahren losgelöste Antragstellung auf einen Freibetragsbescheid für das laufende Kalenderjahr auch „Außergewöhnliche Belas-

tungen aus (erkennbar länger dauerndem) Pflegeaufwand“ aufgenommen werden

- Einheitliche, hohe Leistungen für alle Krankenversicherten, Unterschiede für einzelne Berufsgruppen beseitigen
- Selbstbehalte sollen vermieden werden
- Geringe Rezeptgebühren für Personen, die Dauermedikation benötigen
- Bei künftigen Pensionsansprüchen eine besondere Rücksichtnahme auf niedrigere Pensionen
- Anpassung bzw. Ausgleich bei betragsmäßigen Differenzen zwischen Frauen und Männern

## 8 Frauen und Mitbestimmung: Der Wille bestimmt die Bewegung

**Betriebsrät:innen sind durch ihre Mitbestimmung im Betrieb der Garant für sozialen Ausgleich. Frauen sind ein unverzichtbarer Teil der Gewerkschaft.**

Auch die GBH konnte erfreulicherweise Frauen aus allen Branchen als Funktionärinnen gewinnen, die sehr selbstbewusst Verantwortung sowohl im Betrieb als auch im privaten Bereich leben. Diese positive Entwicklung muss durch gezielte Maßnahmen und Aktivitäten forciert werden.

### Die GBH fordert daher:

- Gleichstellung von Frauen und Männern in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belangen
- Gesetzliche Verpflichtung zur Anrechnung aller Elternkaren-

zen auf alle dienstzeitabhängigen Ansprüche

- Schaffung von Netzwerken, um den Frauennachwuchs in der GBH zu fördern (Mentoring)
- Gleichstellungsmaßnahmen in allen Kollektivverträgen
- Präventive Maßnahmen in Aus- und Weiterbildung zur Abwehr arbeitsbedingter psychischer Erkrankungen und die Erhöhung der „Digital Fitness“ für Arbeitnehmer:innen
- Mitbestimmungsrechte von Betriebsrätinnen und Betriebsräten müssen durch entsprechende Gesetze und in Kollektivverträgen der Gewerkschaft BAU-HOLZ gewährleistet werden
- Sensibilisierung für geschlechtergerechtes Einkom-

men auf betrieblicher Ebene, z.B. bei der Analyse von Einkommensberichten (Einstufung, Verteilung der Entgelte, Wert der Arbeit)

- Gender Mainstreaming ist als Querschnittsthema in Bildungsveranstaltungen der Gewerkschaft BAU-HOLZ zu etablieren
- Ausbildung von Genderverantwortlichen



# 9

## Bewegen wir uns in die richtige Richtung: Leistbares Wohnen und funktionierende Infrastruktur

**Das Defizit in der Infrastruktur Österreichs ist nicht zu übersehen. Straßen werden nur unzureichend ausgebaut oder saniert. Das Kanalnetz ist überaltert. Gesundheitseinrichtungen platzen aus allen Nähten.**

Damit ist auch die Sicherheit im Straßenverkehr angesprochen. Studien beweisen, dass eine sanierte Straße auch eine sichere Straße ist. Je höher der Standard, desto sicherer ist der Verkehr. Damit sinken die Zahlen der Todesfälle und der Schwerverletzten im Land.

Auch gibt es einen Zusammenhang zwischen Straßenzustand und Umweltverschmutzung. Nur eine neuwertige Straße sorgt für

weniger Schadstoffe. Die Umwelt kann damit aufatmen. Die GBH steht aber auch zum Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes. Die umweltverträglichste und sicherste Variante des Verkehrs ist die Schiene.

Die öffentlichen Gebäude sind wichtige Anlaufstelle, wenn es darum geht, die thermische Sanierung in Österreich voranzutreiben.

### Die GBH fordert daher:

- Sanfter Ausbau der Straßen- und Bahnverbindungen
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs für Pendler:innen
- Mehr Züge/Busse in kürzerer Taktung
- Kostenlose Park- & Ride-Anlagen

- Umfassende Sanierung der öffentlichen Gebäudeinfrastruktur
- Förderung von „grüner“ Energie
- Sanierung des bestehenden Kanalnetzes

### Leistbares Wohnen ist für uns Menschenrecht

**In erster Linie geht es uns um den geförderten Wohnbau. Eine Wohnbauförderung muss vor allem diejenigen fördern, die sie am dringendsten brauchen.**

Wir brauchen eine zielgerichtete und sozial treffsichere Wohnbauförderung statt eines Gießkannenprinzips.





## **Deshalb fordert die GBH den Start einer „Wohnbau-Offensive“:**

- Schaffung eines Wohnbaufinanzierungssystems, in das die Ertragsanteile des Bundes, die Wohnbauförderungsbeiträge und die Darlehensrückflüsse zweckgebunden einfließen und so ein revolvinges Finanzierungssystem entsteht, welches im Optimalfall nach Jahren selbsttragend sein kann
- Aufheben der KIM-Verordnung: Darlehen müssen für Häuslbauer wieder finanzierbar sein!

- Zwingende Anhebung des Grundbetrages der Mietwohnbauförderung bei steigenden Zinsen, um Kapitalmarktschwankungen entgegenzuwirken
- Reduktion der oftmals zu großzügigen Einkommensgrenzen im Eigenheim- und Eigentumswohnbau auf Einkommensgrenzen, die eine soziale Treffsicherheit bewirken
- Schwerpunktsetzung auf den geförderten Mietwohnbau. Keine Mehrwertsteuer bei Mieten
- Ausmisten von überdimensionierten Auflagen im Wärmeschutz, Lärmschutz, bei Park-

plätzen, Barrierefreiheit und dergl., um die Baukosten zu senken. Bundesweit einheitliche Vorgaben wären sinnvoll

- Baulandaktivierung durch eine Vertragsraumordnung, die bei Umwidmungen einen verpflichtenden Anteil für den sozialen Wohnbau zu festgelegten Grundstückspreisen garantiert
- Um zusätzliche Wohnbaumittel für Länder und gemeinnützige Wohnbauträger aus der Europäischen Investitionsbank zu generieren, ist die bereits geschaffene Wohnbauinvestitionsbank (WBIB) wieder zu aktivieren

# 10 Faires Steuersystem: Es muss sich endlich etwas bewegen

**Die Arbeitnehmer:innen tragen mit rund 75 Prozent schon jetzt mit ihren Steuern (Lohn- und Mehrwertsteuer) wesentlich zur Aufrechterhaltung unseres Staates bei.**

Abgesehen davon ist aus Fairnessgründen die Diskussion über eine stärkere Vermögensbesteuerung fortzusetzen. Im internationalen Vergleich hat Österreich noch einen enormen Aufholbedarf.

Gerade in Bezug auf die Steuerfreiheit von Reiseaufwandsentschädigungen, Kilometergeldern und SEG-Zulagen sind BAU-HOLZ-

Arbeiter:innen hauptbetroffen. Es ist dringend an der Zeit, die Steuerfreigrenzen anzuheben.

## Die GBH fordert daher:

- Die Anhebung des amtlichen Kilometergeldes auf 60 Cent
- Die Anhebung der Steuerfreigrenze bei Taggeldern auf 40 Euro
- Die Anhebung des Steuerfreibetrages bei SEG-Zulagen auf 580 Euro
- Weitere Steuerentlastung für untere Einkommen
- Europäische Besteuerung von internationalen Großkonzernen

- Besteuerung von Vermögen zur Aufrechterhaltung unseres Sozialsystems
- Aufrechterhaltung der Steuerbegünstigungen bei Sonderzahlungen
- Erhöhung von Arbeitnehmerabsetzbeträgen

**Jeder Schritt echter Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme!**



# 11 Aufeinander zubewegen: Österreich klimafit machen

**Ein ungewöhnliches Bündnis hat sich angesichts der Hitzezahlen und der notwendigen Sanierungsmaßnahmen mit den Zielen gebildet, Bauarbeiter zu schützen, die angesichts des Klimawandels immer größeren Belastungen durch Hitze und UV-Strahlung ausgesetzt sind und den Sanierungsstau in Österreich zu beenden.**

Gemeinsam haben AK, Gewerkschaft BAU-HOLZ und die Klima-Organisationen Fridays for Future und System Change not Climate Change unter dem Motto „**Menschen und Klima schützen statt Profite**“ ein Bündnis gebildet. Eine Reform des Arbeitsrechts gehört ebenso zu den Forderungen wie ein Rechtsanspruch auf Hitzefrei und Investitionen in eine nachhaltige und klimafreundliche Infrastruktur.

Die GBH bekennt sich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens. Bauarbeiter sind Green Worker, denn sie können im Bereich der Sanierung einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Die öffentliche Hand ist aufgefordert, Investitionen in die Gebäudesanierung zu tätigen.

Bauarbeiter:innen gehören zu jenen Berufsgruppen, die am härtesten von den Folgen steigender Temperaturen betroffen sind. Auf Dächern oder in Baugruben steigen die Temperaturen in der Sonne im Sommer auf bis zu 50°C. Neben den gesundheitlichen Auswirkungen auf die Beschäftigten steigt das Risiko für Arbeitsunfälle dadurch erheblich an.

Sie sind die einzige Berufsgruppe in Österreich, für die die Gewerkschaft eine Hitzefrei-Regelung

durchsetzen konnte. Was fehlt, ist ein Rechtsanspruch. Dass die freiwillige Gewährung von Hitzefrei durch Baustellenverantwortliche bei weitem nicht ausreicht, verdeutlichen die Zahlen der BUAK (Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse) für 2023: Trotz Hitzerekorden bekam im Sommer nur jede:r vierte am Bau Beschäftigte stundenweise Hitzefrei.

## Die GBH fordert daher:

- Eine Anpassung des Arbeitsrechts an die veränderten Klimabedingungen
- Arbeitgeber:innen müssen verpflichtend ihrer Fürsorgepflicht nachkommen
- Beahlt Hitzefrei ab 30 Grad Celsius mit Rechtsanspruch
- Vorrang für einen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und einer klimafreundlichen Infrastruktur



# 12 Arbeitnehmer:innen bringen Grenzen in Bewegung

**Unsere Arbeit endet nicht an unserer Grenze. Eine globalisierte Arbeitswelt erfordert auch eine Vernetzung von Arbeitnehmer:innen. Vor allem beim Thema Entsendungen brauchen wir eine bessere europäische Zusammenarbeit.**

Wir setzen uns nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch im internationalen Bereich für die Rechte der Arbeitnehmer:innen ein. In den letzten Jahren haben wir zahlreiche Initiativen gemeinsam mit unseren internationalen Dachverbänden (BHI, EFBH) gesetzt, um Arbeitnehmer:innenrechte in Europa zu stärken. Vor allem bei Entsendungen ist unser Standpunkt klar: **Gleiche Arbeit am gleichen Ort zu gleichem Lohn darf keine Worthülse sein, sondern muss endlich Realität werden.**

Die neue Entsenderichtlinie stellt hier einen guten Rahmen da. Es

hapert allerdings noch an der Rechtsdurchsetzung. Es ist nicht einzusehen, wieso sich die Europäische Union in wirtschaftlichen Fragen vernetzt, die Rechtsdurchsetzung aber an nationalen Grenzen festsetzt. Zusätzlich müssen im Sozialversicherungsbereich Umgehungskonstrukte wie der slowenische Entsendebonus wirksamer verhindert werden.

Dies ist aus unserer Sicht Aufgabe der ELA (European Labour Authority), die nicht zuletzt auf unseren Druck hin gegründet wurde und das grenzüberschreitende Arbeiten in arbeitsrechtlicher und sozialrechtlicher Sicht wirksam überwachen sollte. Allerdings fehlt dieser Behörde aktuell noch jedes Durchgriffsrecht. Eine Stärkung der ELA ist daher unser ausdrückliches Ziel. Baustellen müssen europaweit sauber sein. Hier braucht es effektive Kontrollmechanismen.

## Die GBH fordert daher:

- Gleiche Arbeit am gleichen Ort zu gleichem Lohn
- Stärkung der ELA: Diese Behörde braucht dringend effektive Durchgriffsrechte und Kontrollkompetenzen
- Etablierung eines europaweiten Systems zum tagesaktuellen Austausch von Sozialversicherungsdaten und Arbeitsdokumenten
- Einführung einer Bau-ID-Karte, um Baustellen effektiv kontrollierbar zu machen
- Schaffung von Instrumenten zur besseren transnationalen Rechtsdurchsetzung

# 13 Migration: Miteinander bewegen statt ausgrenzen

Migration und Integration sind Themen, die permanent im politischen Fokus sind. Kaum ein anderes politisches Feld ist so stark von Populismus betroffen. Eine realistische und pragmatische Sicht sollte Einzug halten.

Gastarbeiter:innen haben einen wichtigen Beitrag zum Aufbau unseres Landes geleistet. **Ohne Zuwanderung sind viele gesellschaftliche und wirtschaftliche Bereiche nicht mehr leistungsfähig.** Gleichzeitig muss es auch möglich sein, Erwartungshaltungen an Migrant:innen zu formulieren und die Einhaltung von Regeln einzufordern.

## Die GBH fordert daher:

- Ein funktionierendes Zusammenleben: Dazu ist es notwendig, dass alle Menschen, die hier leben, die deutsche Sprache lernen. Deshalb fordern wir, hier nicht finanzielle Kürzungen vorzunehmen, sondern für die Sicherheit Österreichs das Angebot an die Nachfrage anzupassen
- Ängste beim Namen nennen: Viele gesellschaftliche Herausforderungen und individuelle Ängste haben ihre Wurzeln

nicht in der Zuwanderung, sondern in Armut und sozialer Ungleichheit. Diesen Ängsten ist mit Aufklärung und mit einer Politik zu begegnen, die für soziale Sicherheit sorgt, statt für Benachteiligung und Ausgrenzung. Wir müssen jenen gegenüber treten, die soziale Konflikte zu ethnischen und kulturellen Konflikten machen wollen und dadurch Benachteiligte gegeneinander ausspielen



# 14 Soziales und Gesundheit: Sicherheit in bewegten Zeiten

**Die Gesundheitsversorgung in Österreich muss sich an den Menschen orientieren und regional organisiert sein, weil auch Menschen in entlegeneren Regionen ein Recht auf Versorgung vor Ort haben. Daher lehnt die GBH die Neuerungen im Sozialversicherungsbereich ab und fordert die Bundesregierung auf, die echte Selbstverwaltung im Sozialversicherungsbereich wiederherzustellen. Auch bei den Ärmsten unserer Gesellschaft darf nicht gespart werden. Das Arbeitslosengeld muss erhöht und die Mindestsicherung reformiert werden.**

Die echte Selbstverwaltung ist der Garant für die optimale und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung. Sie hat in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass sich die Österreicherinnen und Österreicher auf ihre medizinischen Leistungen bei Krankheit oder Unfällen verlassen können und Pensionen langfristig gesichert sind.

Es ist richtig, dass historisch gewachsene Strukturen an die gesellschaftlichen Veränderungen angepasst werden müssen – jedoch muss der Patient dabei immer im Vordergrund stehen. Die Umstruk-

turierung durch Schwarz/Blau kostet die Versicherten Milliarden Euro und schwächt die Selbstverwaltung.

**Bei den niedrigsten Einkommen und Schwächsten in unserer Gesellschaft soll gekürzt werden.** In einer funktionierenden Gesellschaft muss Solidarität mit denen, die Hilfe benötigen, jedoch im Mittelpunkt stehen.

## Die GBH fordert daher:

- Rückkehr zu einer echten Selbstverwaltung, in der die betroffenen Arbeitnehmer:innen wieder selbst über die Verwendung ihrer Beiträge entscheiden. Das auch zum Kampf gegen die fortschreitende Privatisierung der Gesundheitsversorgung und für eine solidarische Versorgung aller Menschen in unserem Land.
- Regionalisierung der bisher strikt zentral organisierten ÖGK, um die Bedürfnisse der Bundesländer wieder besser berücksichtigen zu können.
- AUVA erhalten
- Nein zu Selbstbehalten
- Nein zu VIP-Ambulanzen

- Es darf zu keinem Ausverkauf des Gesundheitssystems kommen. Einer Privatisierung des Gesundheitssystems muss entschieden entgegengetreten werden
- Private Strukturen im Gesundheitswesen dürfen, sowohl im Versicherungssektor als auch bei medizinischer Versorgung, weiterhin die gesicherte Grundversorgung nicht ersetzen, nur ergänzen
- Die Gesundheit geht immer vor
- Eine echte Harmonisierung der Versicherungsleistungen unter allen Trägern in Österreich, mit dem Ziel, die besten Leistungen für alle Versicherten in Österreich zu gewährleisten
- Beratungen und Schulungen für Arbeitssuchende ausbauen, nicht kürzen und streichen
- Erhalt der Notstandshilfe
- Kein Zugriff auf Erspartes
- Wiedereinführung der Aktion 20.000
- Mit 45 Jahren zählt keine/r zum alten Eisen: Erfahrung ist Gold wert!
- 20.000 neue Jobs für Ältere
- Erhöhung des Arbeitslosengelds auf 70 Prozent



**Mach** uns stark.

**Mach dich stark!**

**... und wirb Mitglieder!**



**gbh-news.at**

**follow us**



facebook.com/**deinegbh**



youtube.com/**gbhtv**



instagram.com/**gewerkschaft\_bauholz**